

Eurospots



Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt...

Juni/Juli 2006

- **Gute Bilanz der österreichischen EU-Präsidentschaft - Dank Leistungen des EP**
- **Iran und die EU - ein neuer Dialog ?**
- **Wirtschaftlicher Zusammenhalt in der EU**
- **Freie Bahn für KMU**
- **Schulwettbewerb für Umweltinformationssystem**
- **Galileo**

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
mgahler@europarl.eu.int

Regionalbüro Süd- und
Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93

Liebe Leserinnen und Leser,

nachdem es endlich Sommer geworden ist und auch die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland begonnen hat, mache ich dieses Thema gerne auch zum Aufmacher des Vorwortes. Wie erleben Europaabgeordnete die Fußball-WM ? Sicherlich am Wochenende wie die meisten Bürger zu Hause, aber während der Woche in Brüssel oder Straßburg da muss man schon planen, mit wem man sich wo trifft, um ja nichts zu verpassen.

Für den 14. Juni haben sich die CDU/CSU-Abgeordneten mit ihren polnischen Fraktionskollegen in einem Hotel in Kehl verabredet, wo wir den "deutsch-polnischen Gipfel in Dortmund" verfolgen wollen, mit anderen Worten: wir schauen uns das Länderspiel gemeinsam an. Und ich glaube, dass wir unabhängig vom Ausgang auch danach noch recht fröhlich beieinander sitzen werden. Im nächsten Eurospot werde ich an gleicher Stelle darüber berichten.

Unabhängig davon geht die Arbeit an vielen Themen weiter, zur Jahresmitte übernehmen die Finnen die Präsidentschaft von den Österreichern, und Deutschland beginnt mit der heißen Phase der Vorbereitungen auf unsere Präsidentschaft im Januar.

Der wachsende Flüchtlingsstrom aus Afrika nach Europa, die schwierigen Verhandlungen mit dem Iran über den Nuklearkonflikt und die Diskussion, in welcher Form die EU künftig die Palästinenser unterstützen soll, alles das zeigt, wie wichtig es ist, dass die EU außenpolitisch handlungsfähiger wird. Ich selbst arbeite derzeit mit, die außenpolitischen Instrumente der EU seitens des EP mitzugestalten und konzentriere mich hierbei auf das entwicklungspolitische Instrument, mit dem die Kommission effektiver und flexibler handeln will. Wir als Parlament wollen im Gegenzug besser kontrollieren, aber auch bei der Umsetzung selbst mitreden. Diese Detailarbeit ist interessant, aber nicht sehr öffentlichkeitswirksam, weswegen ich Ihnen Details erspare, aber in einer der nächsten Nummern über das Ergebnis berichte.

Auf bald in Hessen und Europa !

Ihr

Michael Gahler

Bilanz österreichische Ratspräsidentschaft

"Im vergangenen Jahr standen wir schlecht da: Bei den Verfassungsreferenden war ja mehr als nur ein Reifen geplatzt; die Finanzverhandlungen waren zusammengebrochen, bei der Dienstleistungsrichtlinie gab es eine totale Polarisierung. Heute, ein Jahr später, ist die Dienstleistungsrichtlinie unter Dach und Fach, der Finanzrahmen klar, und die Verfassungsdiskussion ist seriös begonnen worden", sagte der österreichische Bundeskanzler und amtierende EU-Ratsvorsitzende Wolfgang Schüssel in einem Zeitungsinterview.

In der Tat wird seine Bilanz am Ende der Präsidentschaft Ende Juni positiv ausfallen. Auch durch die kräftige Mithilfe des Europäischen Parlaments sind entscheidende Weichenstellungen gelungen.

Zum Beispiel Dienstleistungsrichtlinie: Nach den Vorarbeiten einer großen Koalition der europäischen Christdemokraten und Sozialdemokraten im Parlament hat der Ministerrat diese Position aufgegriffen. Sie wies den zerstrittenen EU-Regierungen den Weg und wird Grundlage einer Einigung werden.

Zum Beispiel EU-Finzen 2007-2013: Durch die hartnäckigen Verhandlungen des Parlaments konnte echter europäischer Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Zusätzliche Gelder in Höhe von insgesamt 4 Milliarden Euro stehen bereit für die Bereiche Jugend, Bildung, Kultur, Forschung, Mittelstand, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Gesundheits- und Verbraucherschutz sowie die Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik.

Durch die für das Jahr 2008/2009 erstmals vorgesehene Revisionsklausel hat das Parlament zudem einen Fuß in der Tür für weitere Reformen der Einnahmen und Ausgaben in der nächsten Wahlperiode.

Iran und die EU - Ein neuer Dialog?

Seit der Amtsübernahme des derzeitigen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad haben sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Iran und der EU zugespitzt. Insbesondere die Ausfälle Ahmadinedschads gegen Israel wurden mit großer Besorgnis aufgenommen. Hinzu kommt das Ringen um eine Lösung im Nuklearstreit. Eine neue Umfrage zeigt die Aktualität des Themas: 97 Prozent der Deutschen wollen eine Bewaffnung des Iran mit Kernwaffen verhindert sehen.

Auf Initiative von Michael Gahler, Iran-Koordinator der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, findet zu diesem Thema am Montagnachmittag, 26. Juni 2006, im Europäischen Parlament in Brüssel eine öffentliche Anhörung zum Thema "Iran und die EU - ein neuer Dialog?" statt.

Mit Experten von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, den Iran-Spezialisten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates sowie Europaparlamentariern der vier größten Fraktionen wird das Forum die wichtigsten Felder in den EU-Iran-Beziehungen untersuchen, darunter Wirtschafts- und Menschenrechtsfragen.

Zuhörer und Gäste werden in den Diskussionsrunden Gelegenheit zu Beiträgen haben. Deshalb wurden bewusst sowohl Vertreter der iranischen Regierung, als auch der iranischen Zivilgesellschaft, vor allem der Auslandsgemeinden und Exilverbände, eingeladen.

Wirtschaftlicher Zusammenhalt in der EU

Die ärmeren Regionen in der EU zeigen bemerkenswerte Fortschritte bei der Entfaltung ihrer Wirtschaftskraft, es gibt aber weiterhin große Diskrepanzen bei der für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Infrastruktur. Zu diesem Ergebnis kommt der vierte Fortschrittsbericht der EU-Kommission zum wirtschaftlichen Zusammenhalt in der Union.

„Europa braucht Wachstum von unten, und alle Regionen müssen dazu beitragen, wenn wir Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der EU insgesamt stärken wollen. Der heutige Bericht zeigt ein beunruhigendes Ungleichgewicht in der modernen Infrastruktur, in Forschung und Bildung, die unsere Fähigkeit für Exzellenz und Innovation begrenzen. Die Regionalpolitik wird auch im nächsten Jahrzehnt eine wichtige Rolle bei der Schließung dieser Lücken spielen und der europäischen Wirtschaft helfen, ihr Potenzial umfassend zu verwirklichen“, sagte Danuta Hübner, Kommissarin für die EU-Regionalpolitik, anlässlich der Präsentation.

Der 4. Fortschrittsbericht zur Kohäsion zeigt, dass wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der EU abnehmen und die Wirtschaft in den ärmsten Mitgliedstaaten rasch und nachhaltig wächst. Auf regionaler Ebene bleibt jedoch ein enormes ungenutztes Potenzial: die in den ärmsten EU-Regionen lebenden 10 Prozent der Bevölkerung generieren nur 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Bericht weist auch auf große Lücken in der modernen Infrastruktur hin, die die Regionen schließen müssen, wenn sie dauerhaft aufholen wollen.

http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

KMU-Förderung - Freie Bahn dem Mittelstand

Die Bürokratiekosten für Unternehmen in Europa sollen um mindestens 25 Prozent sinken. Damit will die EU-Kommission besonders kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) das Leben erleichtern.

Die Generaldirektion Unternehmen und Industrie werde im Zeitraum 2007 bis 2013 mit insgesamt 3 Mrd Euro 60 Prozent mehr Fördermittel für die KMU zur Verfügung stellen. Weitere Gelder stünden aus dem Regionalfonds und aus den Programmen für Forschung und Entwicklung bereit.

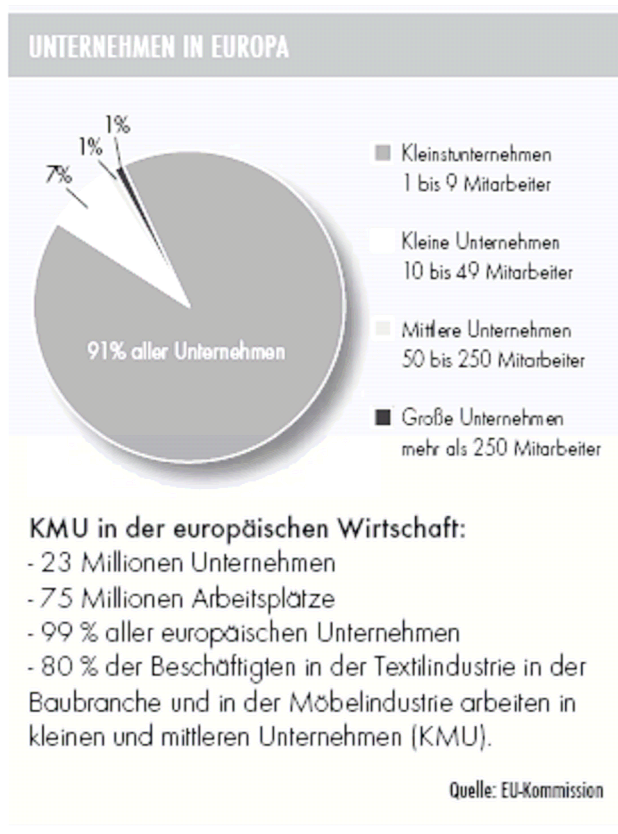
EU-Rechtsvorschriften sollen vereinfacht, überprüft und gegebenenfalls gestrichen werden. 1400 Rechtsvorschriften stehen auf dem Prüfstand, 60 Rechtsakte wurden bereits fallen gelassen. Motto: „Weniger Bürokratie bedeutet mehr Wachstum und Arbeitsplätze“.

Die Chancen des Mittelstands in Europa sind entscheidend von den Rahmenbedingungen abhängig. Von der Schaffung des Binnenmarktes mit dem Wegfall der Zollgrenzen aber auch von der Einführung des Euro haben die kleinen und mittleren Unternehmen gewaltig profitiert. Der Verwaltungsaufwand ist gesunken, die Währungssicherheit erleichtert das Exportgeschäft.

Es kommt dabei nicht so sehr auf die Höhe der Fördermittel an, sondern auf die Bündelung der Möglichkeiten. Wenn die EU einen Euro gibt, legen die anderen vier bis sechs Euro drauf. Nationale und EU-Förderung gehen so Hand in Hand.

Die Kommission hat ein umfassendes Netz von Euro-Info-Zentren aufgebaut, um europäische KMU, die ihre Geschäftstätigkeit in andere Länder ausdehnen wollen, zu unterstützen und zu beraten. Rund 300 Zentren wurden in 48 Ländern errichtet. Sie werden künftig mit den EU-Büros für Forschung und Technologie zusammenarbeiten, die den Zugang zu EU-Forschungsgeldern ebnen.

So erhielt zum Beispiel ein Konsortium aus 29 überwiegend mittelständischen Firmen Fördergelder in Höhe von 7,4 Millionen Euro für die Entwicklung moderner Hybridtextilien. Die Werkstoffe werden vor allem für Schutzkleidung, in der Raumfahrt und im Kfz-Bau eingesetzt. Ein anderes, EU-finanziertes Forschungsprojekt brachte Spezialisten aus einer Reihe von kleinen und mittleren Firmen zusammen, die gemeinsam das „Drivesafe“-System entwickeln, testen, herstellen und vermarkten. „Drivesafe“ beobachtet Augenbewegungen, etwa beim Autofahren oder beim Lesen von Webseiten, und kann so zur Sicherheit beim Fahren oder zur Optimierung von Computerseiten beitragen.



Ein Unternehmen zu gründen kostet zunächst viel Geld und bringt nichts ein. Die EU-Kommission sorgt dafür, dass KMU leichter Bankkredite erhalten, indem sie ihnen Bürgschaften zur Verfügung stellt. Damit erleichtert sie Investitionen von Risikokapital.

Die Frühphasenfinanzierung nutzte zum Beispiel das heute durch Voice-Over-IP bekannte Unternehmen Skype Technologies. Das Unternehmen wurde von ebay vor kurzem für schätzungsweise 3,25 Milliarden Euro übernommen. Die Fördergelder, die in dieses Unternehmen gesteckt worden waren, konnten nicht nur zurückgezahlt werden. Auch von dem Wertzuwachs floss ein Teil an die EU – und damit an den europäischen Steuerzahler.

Schulwettbewerb: Neuer Name für System zur Umweltüberwachung

Ein Schulwettbewerb der Europäischen Kommission soll helfen, eine neue Bezeichnung für das Umweltüberwachungssystem GMES (Global Monitoring for Environment and Security) zu prägen. GMES erfasst Daten über Umweltverschmutzung, Überschwemmungen, Waldbrände oder Erdbeben und stellt sie den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung. Junge EU-Bürger sind nun angehalten, einen eingängigeren Namen für dieses wichtige Programm zu finden.

„Das aktuelle Akronym GMES wird diesem ehrgeizigen, globalen Überwachungsprojekt nicht gerecht“, sagte der für die Bereiche Unternehmens- und Industriepolitik zuständige Kommissionsvize-

präsident Günter Verheugen. „Ich hoffe, die jungen Bürger Europas werden es schaffen, einen aussagekräftigeren Namen zu prägen.“ Der Wettbewerb, an dem Schüler der beiden letzten Klassen der Sekundarstufe aus ganz Europa teilnehmen können, zielt darauf ab, eine eingängige und einprägsame Bezeichnung für die Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung zu finden. Die Gewinner können ihre Heimatregion vom Heißluftballon aus erkunden.

Anmeldefrist für die Schulen ist der 30. Juni 2006. Anschließend haben die Schüler bis zum 31. Oktober 2006 Zeit, ihren Namensvorschlag einzusenden. Teilnahmeberechtigt sind Schulklassen aller 25 EU-Mitgliedstaaten sowie aus Norwegen und aus der Schweiz (Mitgliedsländer der Europäischen Weltraumagentur). Die Gewinner werden im Dezember 2006 ermittelt, die Bekanntgabe der Ergebnisse ist für Anfang 2007 vorgesehen. Für Anmeldung und Beitragseinsendung steht eine speziell eingerichtete Website zur Verfügung:

<http://www.gmes-competition.info>

Satellitennavigation GALILEO

Die EU-Kommission hat Anfang Juni eine Mitteilung über den Stand des Aufbaus des europäischen Satellitennavigationsprogramms GALILEO angenommen und einen Zeitplan für den weiteren Projektverlauf vorgelegt.

Ab 2010 sollen 30 Satelliten in einer Höhe von 23.260 km die Erde umkreisen. Diese werden von einem Netz von Bodenstationen kontrolliert. Das Raumfahrtzentrums ESOC der europäischen Weltraumagentur ESA in Darmstadt und das französische Raumfahrtzentrum CNES in Toulouse werden die Galileo-Satelliten während der Startphase und der anschließenden frühen Stabilisierungsphase im Weltraum betreuen. Anschließend übernehmen die Zentren GSOC in Oberpfaffenhofen und Telespazio in Fucino in Italien die Routinekontrolle der Satelliten.

Galileo ist für zivile Zwecke konzipiert und unterliegt nicht, wie das US-amerikanische GPS und das russische GLONASS, einer nationalen militärischen Kontrolle. Es ist das erste von der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) gemeinsam durchgeführte Projekt.

Die Finanzierung der Entwicklungsphase wird von beiden Organisationen zu gleichen Teilen übernommen. An ihr beteiligen sich darüber hinaus auch China, Indien, Israel, die Ukraine, die Schweiz, Marokko und Südkorea. Mit weiteren Staaten wird über eine Teilnahme verhandelt.

Die GALILEO-Ortungsinformationen können Verwendung finden im Verkehrswesen, sozialen Einrichtungen, Justiz und Zoll, Bauwesen, Not- und Rettungsdiensten oder dem Freizeitsektor. Der zukünftige so genannte Offene Dienst über Taschenempfänger von der Größe eines Handys soll frei und kostenlos zugänglich sein. Er liefert Daten über die eigene Position mit einer Genauigkeit von wenigen Metern und die Uhrzeit mit der Genauigkeit einer Atomuhr. Weil dieser Dienst zwei Sendefrequenzen benutzt, ist die Positionsbestimmung genauer als bei GPS. Die höhere Anzahl von Satelliten, 30 gegenüber 24 bei GPS, soll die Empfangsabdeckung in Städten von 50 Prozent auf 95 Prozent steigern. Der zukünftige so genannte Kommerzielle Dienst ermöglicht die zusätzliche Übertragung von kostenpflichtigen Navigationsdaten, beispielsweise Korrekturdaten zur Steigerung der Positionsgenauigkeit um ein bis zwei Größenordnungen. Der Safety-of-Life-Dienst steht sicherheitskritischen Bereichen zur Verfügung, z. B. dem Luft- und dem Schienenverkehr. Er warnt die Nutzer innerhalb von sechs Sekunden, wenn das System wegen Positionierungsfehler nicht genutzt werden sollte. Der Such- und Rettungsdienst erlaubt die weltweite Ortung von Hilfsanfragen, z. B. von Schiffen, die in Seenot geraten sind. Auch ein einfacher Dialog mit der Rettungsstelle soll möglich sein.

In Europa werden 100.000 Arbeitsplätze für GALILEO-Anwendungen erwartet. Der hessische Wirtschaftsminister erhofft für sein Land mehr als 1.000 Arbeitsplätze davon.

Zur Unterstützung von Unternehmen, die GALILEO-Anwendungen entwickeln und vermarkten wollen, hat das Land Hessen mit ESOC, der Stadt Darmstadt und der Technischen Universität ein 'GALILEO-Zentrum Hessen' geplant.

